

München, 06.10.2021

## SPD-Anfrage zeigt: Dienstunfähigkeit unter Bayerns Lehrkräften gestiegen

**SPD-Bildungsexpertin Dr. Simone Strohmayr: Lehrkräfte müssen dringend unterstützt werden**

Die Dienstunfähigkeit unter den bayerischen Lehrerinnen und Lehrern ist gestiegen. Dies geht aus einer aktuellen [Anfrage](#) der bildungspolitischen Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion **Dr. Simone Strohmayr** hervor. "Digitalisierung, Inklusion, Integration, Ganzttag und nun die Folgen der Corona-Pandemie - Lehrerinnen und Lehrer in Bayern haben es mit zahlreichen Aufgaben zu tun. Der Lehrerberuf wird immer herausfordernder. Es ist verständlich, dass nicht jeder und jede damit zurechtkommt, auch wenn die Lehrkräfte täglich ihr Bestes geben", so Strohmayr. Dieser Entwicklung müsse man entgegenwirken.

Die Dienstunfähigkeit im Schuljahr 2019/2020 ist um fünf Punkte auf 18 Prozent gestiegen, gleichzeitig sank die Anzahl der frühzeitigen Ruhestandseintritte geringfügig. Durch die Sparmaßnahmen der Staatsregierung konnte die Zahl der Ruhestandseintritte im Schuljahr 2019/2020 auf 44 Prozent gesenkt werden, ist gegenüber 2013/2014 mit 22 Prozent an frühzeitigen Ruhestandseintritten jedoch doppelt so hoch. "Die Maßnahmen der Staatsregierung greifen nicht", zeigt sich die parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion besorgt: "Das bedeutet im Ergebnis für die älteren Lehrkräfte viel Ärger und Leid für wenig Ertrag."

Die SPD-Bildungsexpertin betont: "Um diese Entwicklung aufzuhalten, brauchen die Lehrkräfte mehr Unterstützung durch multiprofessionelle Teams, wie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen, Schulpsychologinnen und Schulpsychologen und Verwaltungskräfte." Strohmayr verwies auch auf das Thema Digitalisierung: "Wir brauchen endlich eine einheitliche Digitalisierungsstrategie, mehr Systemadministratorinnen und Systemadministratoren sowie eine flächendeckende Ausstattung an mobilen Endgeräten für Schülerinnen und Schüler."

Abermals betont die Abgeordnete die Notwendigkeit, den Lehrerberuf wieder attraktiver gestalten zu müssen und wies auf die erforderliche finanzielle Anpassung hin. "Wir fordern die Bezahlung der Lehrkräfte an allen Schularten nach Tarif A13", so Strohmayr.